

Obwohl Li Guangyi wahrscheinlich nur solche Informationen weitergeben konnte, die nach den beiden Tagungen ohnehin veröffentlicht wurden, handelte es sich hierbei um einen Verstoß gegen die sehr eng gefaßten Geheimhaltungsvorschriften der VR China. Gemäß den "Vorläufigen Bestimmungen über den Schutz von Staatsgeheimnissen" vom Juni 1951 fallen unter "Staatsgeheimnisse" all jene staatlichen Angelegenheiten, über deren Veröffentlichung noch nicht entschieden wurde oder die noch nicht zur Veröffentlichung freigegeben worden sind (§ 2, Abs.16). Daß Angelegenheiten der Kommunistischen Partei Chinas zu den Staatsgeheimnissen zählen, ist in den Bestimmungen nicht explizit festgelegt. Die in Verfassung und Parteistatut festgeschriebene absolute Führung der KPCh über den Staat beinhaltet jedoch de facto, daß auch und gerade Interna der Partei zu den Staatsgeheimnissen zählen. Dies klingt auch in § 8 der "Vorläufigen Bestimmungen..." an, in dem von "allen wichtigen Tagungen" die Rede ist, deren Interna nicht weitergegeben werden dürfen, sofern dies nicht ausdrücklich offiziell beschlossen worden ist. In einem Kommentar des ZK-Organ "Volkszeitung" zur erneuten Veröffentlichung der "Vorläufigen Bestimmungen..." am 11. April 1980 wurden diese Bestimmungen auch für "Partei-geheimnisse" als gültig erklärt (vgl. BRU, 18.5.82, S.3). Das Strafmaß für Verstöße gegen die Geheimhaltungsvorschriften ist in § 186 des Strafgesetzbuches festgelegt: "Wer als Bediensteter des Staates unter Verstoß gegen staatliche Geheimhaltungsgesetze und -vorschriften wichtige Staatsgeheimnisse preisgibt, wird in schwerwiegenden Fällen mit Gefängnis bis zu sieben Jahren, Gewahrsam oder Entzug der politischen Rechte bestraft. Wer nicht Bediensteter des Staates ist und vorstehende Straftat begeht, wird nach Maßgabe der obigen Bestimmungen entsprechend den Umständen bestraft." -sch-

INNENPOLITIK

(6) Neues Staatsratsorgan für wirtschaftliche Sonderzonen

Einer Meldung der Hongkonger KPCh-orientierten Zeitung "Wenhui bao" vom 24. Juni 1982 zufolge hat der Staatsrat ein Büro für Sonderzonen eingerichtet (nach SWB, 26.6.82). Das direkt der Zentralregierung unterstehende Staatsorgan soll sich mit allgemeinen Entwicklungs- und Verwaltungsfragen der vier wirtschaftlichen Sondergebiete Shantou, Shekou, Shenzhen und Zhuhai beschäftigen und entsprechende Erfahrungen anderer Länder verwenden, um ein besseres Investitionsklima für ausländische Unternehmen zu schaffen. Größere Projekte, die mit Hilfe von Auslandsinvestitionen in den Sonderzonen realisiert werden sollen, bedürfen der Prüfung durch das neue Staatsratsorgan.

Leiter des Büros des Staatsrats für Sonderzonen ist Ministerpräsident Zhao Ziyang - ein Indiz dafür, daß dem neuen Staatsratsorgan eine besondere Bedeutung beigemessen wird (Zhao ist gleichzeitig Vorsitzender der Zentralen Kommission für die Reform des Wirt-

schaftssystems). Zhao Stellvertreter ist Staatsratskommissar Gu Mu, der für die Routinearbeit zuständig ist. Darüber hinaus gehören dem Büro für Sonderzonen folgende acht Mitglieder an: He Chunlin, Zhang Ge, Hua Yan, Tan Hanhuai, Zhao Shan, Liu Wenzhe, Zhao Guiying (w.) und Shi Yue. -sch-

(7) V.KPCh-Kongreß der zentralen Staatsorgane

Der V. Kongreß der KPCh-Organisationen innerhalb der zentralen Staatsorgane fand vom 25. bis 30. Juni 1982 in Beijing statt. Die Delegierten wählten die Mitglieder des V. Parteikomitees der zentralen Staatsorgane sowie die Abgeordneten für den XII. Parteitag der KPCh (RMRB, 1.7.82). Das Parteikomitee der zentralen Staatsorgane war erst 1980 provisorisch wiedereingerichtet worden, nachdem es im Verlauf der Kulturrevolution offenbar aufgelöst worden war. Die Parteiorganisation der zentralen Staatsorgane ist den Parteiorganisationen auf Provinzebene gleichgestellt - deshalb entsendet auch sie direkt Delegierte zum Nationalen Parteitag der KPCh. -sch-

(8) Forderung nach Ausrichtung der KPCh-Basisorganisationen

Auf einer von der Organisationsabteilung des Zentralkomitees der KPCh einberufenen Konferenz ist die Notwendigkeit der politischen Ausrichtung aller Basisorganisationen der Partei unterstrichen worden (RMRB, 27.6.82). Basisorganisationen (jiceng zuzhi) der Partei gibt es in allen gesellschaftlichen Grundeinheiten (danwei), darunter in Fabriken, Volkskommunen, Handelsorganisationen und Schulen. Bei der praktischen Durchsetzung des von der Parteizentrale beschlossenen politischen Kurses kommt den Führungsgremien der KPCh-Basisorganisationen eine besondere Bedeutung zu: Sind sie nicht mit politisch zuverlässigen Kadern besetzt, erweist sich auch die beste Politik als undurchführbar. Für eine effiziente Kontrolle des Parteiapparats und eine erfolgreiche Implementierung des offiziellen Parteikurses ist es daher unabdingbar, neben den Führungsgremien der zentralen, regionalen und lokalen Ebenen auch die der Grundeinheiten nach dem politischen Willen der Mehrheitsfraktion im Zentralkomitee bzw. im Politbüro auszurichten.

Gegenwärtig zählen die KPCh-Basisorganisationen mehr als zwei Millionen. Die Mehrzahl von ihnen soll mittlerweile auf den nachmaoistischen Kurs eingeschwenkt sein (ebenda). Auf der von der ZK-Organisationsabteilung einberufenen Konferenz wurde jedoch beklagt, daß es in einer Reihe von Basisorganisationen noch z.T. erhebliche politische Probleme gäbe. Dem Bericht über die Konferenz in der "Volkszeitung" zufolge sind es vor allem zwei Dinge, die der Parteiführung Schwierigkeiten bereiten:

- Widerstand gegen den offiziellen Parteikurs und
- Wirtschaftskriminalität und dekadente Lebensführung.

Widerstand gegen die Politik der Deng-Fraktion bzw. mangelhafte Umsetzung

von Beschlüssen der Parteizentrale scheint insbesondere im Bereich der Landwirtschaft verbreitet zu sein. Verschiedenen Berichten der Provinz-Rundfunksender in den letzten Monaten zufolge gibt es im wesentlichen drei Arten von politischem Fehlverhalten unter den landwirtschaftlichen Basiskadern:

1. Linke Fehler: Die verschiedenen Verantwortlichkeitssysteme (Produktionsquoten- bzw. Pachtverträge über die individuelle Bewirtschaftung kollektiveigenen Bodens) werden nicht oder nur unvollständig eingeführt, da sie als "Rückkehr zum Kapitalismus" abgelehnt werden.
2. Opportunismus: Jedweder Entwicklung wird freien Lauf gelassen, da Unsicherheit über die Gültigkeitsdauer des derzeitigen Kurses besteht und deshalb kein klarer Standpunkt bezogen wird.
3. Rechte Fehler: Die Aufteilung der Kollektivfelder in Privatbesitz wird zugelassen, so daß der kollektivwirtschaftliche Charakter der Landwirtschaft verlorengeht.

Unter diesen drei politischen Fehlverhalten einer ungenannten Zahl von landwirtschaftlichen Basiskadern der KPCh scheint der Widerstand von links, d.h., von Vertretern des maoistischen Entwicklungsmodells, am häufigsten zu sein.

In dem Bericht und in dem begleitenden Kommentar der "Volkszeitung" über die besagte Konferenz heißt es, daß der Dreh- und Angelpunkt der Ausrichtung der KPCh-Basisorganisationen in der Säuberung der Führungsgremien dieser Parteiorganisationen von kulturrevolutionären Emporkömmlingen, Anhängern des maoistischen Entwicklungswegs und von Wirtschaftsdelinquenten besteht: "Erst wenn die Führungsgremien der Basisorganisationen der Partei erfolgreich ausgerichtet worden sind, ist die Ausrichtung anderer Aspekte wirklich gewährleistet." - Offenbar soll die politische Eliminierung der maoistischen Linken auf den untersten Ebenen verstärkt in Angriff genommen werden (vgl. C.a., März 1982, S.127: 2.2.4., und C.a., April 1982, Ü 19).

-sch-

(9) Zwei Guangzhouer Oppositionelle zu hohen Haftstrafen verurteilt

Die beiden Guangzhouer Oppositionellen Wang Xizhe und He Qiu sind nach über einjähriger Untersuchungshaft Ende Mai 1982 zu extrem hohen Haftstrafen verurteilt worden (siehe u.a. Qishi niandai, 1982/Nr.7, S.33-34):

- Wang Xizhe, einer der Autoren der berühmten Wandzeitung "Demokratie und Rechtssystem im Sozialismus", wurde am 28. Mai u.a. wegen "Teilnahme an einer konterrevolutionären Vereinigung" und "Aufruf zum Sturz der Diktatur des Proletariats" zu 14 Jahren Gefängnis verurteilt.
- He Qiu, Redakteur der mittlerweile verbotenen Zeitschrift "Der Weg des Volkes" (Renmin zhi lu), wurde am 29. Mai u.a. wegen "aufrührerischer konterrevolutionärer Veröffentlichungen" zu 10 Jahren Haft verurteilt.

Eine AFP-Meldung vom 11. Juni zufolge wurde die Verurteilung der beiden Dissidenten von einem chinesischen Sprecher offiziell bestätigt (nach SWB, 22.6.82, und MD, 14.6.82). Nach der Verurteilung von Wei Jingsheng zu 15 Jahren Gefängnis am 16. Oktober 1979 sind dies die härtesten Urteile gegen Vertreter der außerparteilichen demokratischen Opposition (siehe C.a., Oktober 1979, Ü 28, und C.a., April 1979, S. 489-502).

-sch-

VERTEIDIGUNG

(10) Militärische Erkenntnisse aus dem Malvinas-Konflikt

Näheres vgl. in Ü 3.

-we-

WISSENSCHAFT * AUSBILDUNG KUNST UND MEDIEN

(11) Vandalismus an chinesischen Schulen

In den chinesischen Medien häufen sich Berichte über den vielerorts herrschenden Vandalismus an Schulen. Während die Mehrzahl dieser Berichte in der lokalen Presse erscheint, gelangen einige auch in die zentralen Medien. So berichtete die Volkszeitung, daß in einigen Gegenden Sichuans der Primarschulunterricht auf dem Lande nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt würde. Sie prangerte an, daß Schulgebäude und Einrichtungsgenstände zerstört und die Qualität des Unterrichts außerordentlich niedrig sei. Im Kreis Hechuan z.B. hätten Anwohner auf dem Sportplatz einer Grundschule einen Graben gelegt, den sie auch, nachdem die Behörden sie aufgefordert hatten, den Platz wieder freizumachen, nicht verlegt hätten. Bei anderen Schulen dieses Kreises wurden die Sportplätze als Marktgelände benutzt, und manche Schulen besäßen kein einziges intaktes Klassenzimmer. Aus zahlreichen Schulen auf dem Lande seien die Einrichtungsgenstände gestohlen worden. Gegenmaßnahmen der Behörden würden nichts nützen.

Diese Zustände werden in der Zeitung darauf zurückgeführt, daß die Kader dem Erziehungswesen zu wenig Aufmerksamkeit schenken. Seit dem Dritten Plenum, so heißt es, habe die Partei die Bedeutung der Erziehung betont, aber viele Kader hätten immer nur die Produktion, nicht aber die Erziehung im Kopf. Dadurch würde auch die Qualität der Erziehung leiden. So wird berichtet, daß in der Präfektur Yongchuan im Jahre 1976 insgesamt 230.710 Erstkläbler eingeschult wurden. Beim Schulabgang im letzten Jahr seien davon nur 163.300 übrig gewesen. Ein durchschnittliches Prüfungsergebnis bei den Abschlußprüfungen erlangten nur gut 15.000. Viele Grundschüler würden also die Schule vor dem Abschluß verlassen oder aber die Abschlußprüfung nicht bestehen. Wenn diese Zustände nicht geändert würden, könne die Qualität der Bewerber für die Mittelschule nicht garantiert werden und darüber hinaus wür-

de man auf dem Lande neue Analphabeten oder halbe Analphabeten produzieren (RMRB, 10.6.82).

Katastrophale Zustände werden auch von einigen Grund- und Mittelschulen des Kreises Xintian in Hunan gemeldet. Dort sollen nicht nur Schuleigentum gestohlen und Schulgelände zweckentfremdet genutzt werden, sondern sogar Lehrer beschimpft und geschlagen worden sein, so daß die Ordnung in den Schulen nur schwer aufrechtzuerhalten sei. Allein in den Sommer- und Winterferien 1981 sei dem Kreis Schuleigentum im Werte von 31.000 Yuan entwendet worden. Tische und Bänke würden gestohlen, Türen und Fenster eingeschlagen und Wandtafeln demoliert. Von 25 städtischen Mittelschulen seien 10 zerstört, von den 481 Grundschulen des Kreises an die 200 beschädigt worden. In einer Mittelschule seien die elektrischen Leitungen und Lampen entfernt und die Bepflanzung eines großen Teils der Schulländerei zerstört worden. Wieder anderswo würden die Schulen von den Einwohnern gezwungen, wegen Hochzeits- und Trauerfeierlichkeiten den Unterricht ausfallen zu lassen. Die Grundschule einer Kommune habe über 240 Bänke verloren, weil die Kommunemitglieder sie für Hochzeitsfeierlichkeiten brauchten. Auf dem Gelände einer Mittelschule seien 3.500 frisch gepflanzte Bäume zerstört worden, offensichtlich von schulfremden Jugendlichen. Als führende Kader und Lehrer einschreiten wollten, seien sie beschimpft und geschlagen worden, ein Lehrer sogar krankenhauserreif. Das Parteikomitee der Provinz Hunan habe daraufhin ein Zirkular für die gesamte Provinz ausgegeben, in dem zur Wiederherstellung der Ordnung aufgerufen wird. Im Kreis Xintian sei eine Untersuchung der Vorfälle in Gang (Radio Beijing, 10.6.82, nach SWB, 15.6.82).

Die Frage nach den Ursachen für den Zusammenbruch der Ordnung an zahlreichen Schulen ist schwer zu beantworten. Auf jeden Fall liefert die offizielle Erklärung, die Zustände seien auf die mangelnde Aufmerksamkeit der Behörden zurückzuführen, keine befriedigende Antwort. Vielmehr sind tiefgreifende gesellschaftliche Probleme im Spiel, die hier mit Jugendarbeitslosigkeit, harter Auslese für die weiterführenden Schulen, mangelnder Qualität der Lehrer und Kader sowie Konsumdenken nur angedeutet werden können.

-st-

(12) Sitzung des nationalen Komitees der Literatur- und Kunschtaffenden

Vom 19. bis 25. Juni 1982 fand in Beijing die zweite Tagung des Vierten nationalen Komitees des Verbandes der Literatur- und Kunschtaffenden statt, zu der knapp 400 nationale Repräsentanten erschienen waren (RMRB und GMRB, 20.6.82). In seinem Rechenschaftsbericht wies der stellvertretende Vorsitzende Yang Hansheng darauf hin, daß der Verband trotz aller Erfolge noch nicht genügende Anstrengungen unternommen habe, den "linken" ideologischen Einfluß und die ungenügenden bürgerlichen Liberalisierungstendenzen auszuschalten. Einige Werke, die gegen die Vier Grundprinzipien verstießen, seien nicht rechtzeitig

kritisiert worden (RMRB, 20.6.82). Die Mitgliederzahl aller dem Dachverband unterstehenden Einzelverbände betrage zur Zeit 16.194. Die Verbände veröffentlichten 37 Literatur- und Kunstzeitschriften mit einer Auflage von 13,5 Mio. Exemplaren. Zwischen 1977 und 1981 seien in China über 20.000 Kurzgeschichten, 700 kurze Romane, 400 lange Romane und 450 Dramen erschienen, 319 Spielfilme und 252 Fernsehspiele produziert und mehrere nationale Wettbewerbe abgehalten worden. Im internationalen Besucheraustausch habe der Verband seit 1980 147 kulturelle Delegationen aus dem Ausland betreut und 79 Delegationen chinesischer Künstler und Schriftsteller ins Ausland geschickt (XNA, 21.6.82).

Wie der stellvertretende Vorsitzende Xia Yan in seiner Begrüßungsrede (Wortlaut in RMRB, 25.6.82 veröffentlicht) ausführte, habe die Tagung bereits im vergangenen Jahr stattfinden sollen, sei aber aufgrund anderer Veranstaltungen, insbesondere wegen des Studiums der vom 6. Plenum verabschiedeten "Resolution über einige Fragen der Geschichte unserer Partei seit der Staatsgründung" und der im Mai 1981 von der Zentrale einberufenen Tagung über Probleme an der ideologischen Front, immer wieder verschoben worden. Hiermit wird indirekt angedeutet, daß sich der Verband im Jahre 1981 in einer äußerst unsicheren Lage befand, weil er sich nicht in der Lage sah, seine Haltung zur Kulturpolitik der Partei, vor allem aus der Zeit vor der Kulturrevolution, und zu der insbesondere durch den Fall Bai Hua hervorgerufenen Kritik an den bürgerlichen Liberalisierungstendenzen unabhängig zu bestimmen. Mit anderen Worten, man wollte von Verbandsseite aus die Haltung der Partei in diesen Fragen abwarten. So betonte Xia Yan denn auch, daß die Führungsrolle der Partei in Literatur und Kunst gestärkt und verbessert werden müsse. Im übrigen sprach er sich eindeutig gegen jegliche Liberalisierungstendenzen aus. In den letzten beiden Jahren habe der Westen mit allen möglichen Methoden versucht, "bei uns mit der sog. 'Freiheit' und 'Demokratie' hausieren zu gehen", aber man würde sich entschlossen widersetzen, dies jedoch nur mit vernünftigen Argumenten, nicht mit Verleumdungen. Außerdem rief er die Konferenzteilnehmer auf, die aus Anlaß des 40. Jahrestages der Yan'aner Reden veröffentlichten Dokumente, d.h. die fünfzehn Briefe Mao Zedongs an verschiedene Literaten und die Rede Chen Yuns vor Literatur- und Kunschtaffenden von 1943, zu studieren.

Verbandspräsident Zhou Yang hielt ebenfalls am ersten Tag eine Rede. Er stellte vier Forderungen auf: 1. die Erfahrungen insbesondere der Führung der Partei und des Staates gegenüber dem Verband zusammenzufassen; 2. den Aktivismus in der Literatur- und Kunstarbeit zu fördern; 3. sich eng mit den Massen zu verbinden; 4. das Banner des Kommunismus hochzuhalten (RMRB, 20.6.82).

Auf der Abschlußveranstaltung der Tagung am 25. Juni wurden acht Grundsätze angenommen, zu deren Einhaltung sich die Schriftsteller und Künstler verpflichteten. Im einzelnen lauten sie folgendermaßen (nach BRU, Nr. 27, 6.7.82, S. 8. Chin. Wortlaut in